



STELLUNGNAHME zur Anfrage Stadtrat Marc Bernhard (AfD) Stadtrat Dr. Paul Schmidt (AfD)	Vorlage Nr.: Verantwortlich:	2017/0214 Dez. 3
Türkischunterricht in Karlsruher Schulen und die Bespitzelung von Familien mit türkischem Migrationshintergrund		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	25.04.2017	34	x	

1. An wie vielen Karlsruher Schulen findet derzeit Türkischunterricht statt?

Derzeit findet an 26 Karlsruher Schulen Türkischunterricht statt.

2. An welchen weiteren Schularten, außer an Grund- und Werkrealschulen, findet derzeit Türkischunterricht statt?

Türkischunterricht findet auch an drei Gymnasien und einer Realschule statt.

3. Wie viele Schüler nehmen am Türkischunterricht teil?

4. Besteht auch für Schüler ohne Migrationshintergrund die Möglichkeit, an diesem Unterricht teilzunehmen?

5. Wie viele der teilnehmenden Schüler haben keinen Migrationshintergrund?

Diese Fragen fallen in die Zuständigkeit des Generalkonsulats der Republik Türkei, Referat für Schulwesen.

6. Sind die für den Türkischunterricht eingesetzten Lehrkräfte Bedienstete der Stadt Karlsruhe oder des Landes Baden-Württemberg?

Nein

7. Falls unter 6. beides nicht zutrifft, bei wem sind sie angestellt und in welchem Rahmen und in welcher Form wurde ihrem Arbeitgeber der Auftrag erteilt, an deutschen Schulen die türkische Sprache zu lehren?

8. a) Wer bezahlt den Türkischunterricht an Karlsruher Schulen?

Diese Fragen fallen in die Zuständigkeit des Generalkonsulats der Republik Türkei, Referat für Schulwesen.

8. b) Gibt es städtische Zuschüsse für Unterrichtsmaterialien oder ähnliches?

Nein

8. c) In welchem finanziellen Rahmen beansprucht der Türkischunterricht allgemeine Ressourcen der schulischen Einrichtungen, wie etwa Unterrichtsräume, Reinigungspersonal oder ähnliches?

Die Stadt Karlsruhe stellt Klassenräume für den muttersprachlichen Zusatzunterricht unentgeltlich zur Verfügung, sie entspricht damit einer Bitte der Kultusverwaltung. Sonderreinigungen aufgrund des Zusatzangebots erfolgen nicht.

9. Gehören die Türkischlehrer türkischen Organisationen an? Wenn ja, welchen? Falls dies nicht bekannt sein sollte: Gedenkt die Stadt, eine entsprechende Erhebung nachzuholen?

10. Wer wählt die Lehrkräfte für den Türkischunterricht aus?

11. Wer wählt die Inhalte des Türkischunterrichts aus?

Zur Förderung der Schülerinnen und Schüler in der Herkunftssprache führen die jeweiligen (General-) Konsulate an den Karlsruher Schulen Unterrichtskurse in eigener Verantwortung durch. Der Zusatzunterricht in Form des Konsulatsmodells liegt in der alleinigen Verantwortung der (General-) Konsulate.

12. Wie wird von Seiten der Stadt oder des Schulamts überprüft, welche Inhalte im Türkischunterricht vermittelt werden?

13. Welche Maßnahmen gedenkt die Stadt zu ergreifen, um sicherzustellen, dass im Türkischunterricht tatsächlich die türkische Sprache, nicht aber ideologische Inhalte jedweder Art vermittelt werden, die unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung widersprechen?

14. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um sicherzustellen, dass im Türkischunterricht keine Schüler aus religiösen oder ideologischen Gründen unter Druck gesetzt oder gemobbt werden?

15. Falls die Stadtverwaltung vorstehende Fragen 1 bis 14 unter Hinweis auf die Kulturhoheit der Bundesländer nach Art. 30 GG nicht oder nicht vollständig beantworten kann: Sieht sich die Stadtverwaltung anlässlich der nachfolgend geschilderten Vorkommnisse an Karlsruher Schulen veranlasst, diese Sachverhalte dem für die Dienst- und Fachaufsicht zuständigen Staatlichen Schulamt Karlsruhe vorzulegen? Falls nicht: Weshalb nicht?

Das Kultusministerium hat laut Presseberichten das Justizministerium beauftragt, die rechtliche Grundlage für den muttersprachlichen Unterricht zu überprüfen. Es handelt sich um eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 1977 zur Förderung des muttersprachlichen Unterrichts von Migrantenkindern, die auch zum Ziel hat, eine etwaige Rückkehr in die Herkunftsländer zu erleichtern. Dabei soll auch geklärt werden, was das Land in welcher Verbindlichkeit einfordern könne und wie viel Spielraum das Kultusministerium habe.